(KR/WL)
Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Armutsbericht**

   Mogelpackung Armutsbericht – wegen fragwürdiger Methoden der Datenerhebung
   Liest man den Bericht, findet man zwischen Selbstbeweihräucherung, Verdrehung der Fakten und Falschinterpretationen der Zahlen jedoch auch zwischen den Zeilen alarmierende Zahlen, die sich nicht durch Zahlenkosmetik entfernen ließen.
   Quelle: Spiegelfechter

   Opfer zu Heulsusen
   Auch der Direktor des IAB, des Forschungsinstituts der Bundesagentur für Arbeit, sah sich kürzlich gezwungen, die Regierung öffentlich zu kritisieren: “Da wird an der Statistikschraube gedreht.”
   Quelle: TAZ

2. **Kampf um Kaiser´s Kasse**
   Der längste Tarifkonflikt seit langem zeigt, wie die Deregulierung einer Branche die Gewerkschaften schwächt. Die Ladenschluss-Euphorie, die sogar eine rot-rote Berliner Koalition zum Vorreiter der Deregulierung werden ließ, ist nicht das einzige “Reformprojekt” der Vergangenheit, das ver.di heute zu schaffen macht.
   Quelle: Freitag
3. **Gewerkschaft geißelt Ausbeutung in Solarfirmen**
   Sonnenbranche in Image-Nöten: Laut einer gewerkschaftsnahen Studie zahlen Solarfirmen in Ostdeutschland Mini-Löhne, Tarifverträge gibt es nur in Ausnahmefällen, Betriebsräte werden systematisch behindert. Nutzen die Öko-Bosse die hohe Arbeitslosigkeit aus? Das IMU hat festgestellt, dass die ostdeutschen Solarfirmen meist keinem Arbeitgeberverband angehören und ihre Beschäftigten deshalb nicht nach Tarif bezahlen. Der Lohn liege “insgesamt etwa zehn Prozent unter dem Niveau ostdeutscher Branchentarifverträge” und oft mehr als 30 Prozent “unter dem westdeutschen Niveau”.

Einen Grund für diesen Rückstand stellt die Studie besonders heraus: Nur in den wenigsten Solarbetrieben existieren Betriebsräte, die sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kümmern könnten. Und die Autoren erheben einen schweren Vorwurf: "Teilweise werden die Bemühungen der Beschäftigten und der Gewerkschaften zum Aufbau von betrieblichen Mitbestimmungsstrukturen systematisch unterlaufen und die Wahl von Betriebsräten verhindert." Die Gründe für die mitunter kärglichen Verhältnisse bei den Ostfirmen liegen auf der Hand. Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Viele gut ausgebildete Fachkräfte suchen einen Job. Um einen zu bekommen, sind sie bereit, auch vergleichsweise armselige Bedingungen in Kauf zu nehmen.
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung J.A.: *Vorgestern stand noch im Internet, die deutschen Firmen würden händeringend nach Fachkräften suchen und keine finden, und es würden so viele Fachkräfte auswandern, weil die Bezahlung in anderen Ländern besser ist. Ganz schlimm soll der Fachkräftemangel im Osten Deutschlands sein. Es passt wieder mal vorne und hinten nichts zusammen…*

4. **Nur jeder Achte mit seinem Job zufrieden**
   Viel Stress und wenig Geld: Die Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer klagt über die Verhältnisse an ihrem Arbeitsplatz. Vor allem Leiharbeiter sind unzufrieden, aber auch andere Berufsgruppen geben ihrem Job die Note mangelhaft.
   Quelle: FTD

   Dazu auch:

   Jeder Zweite hat unsicheres Arbeitsverhältnis
   Eine neue Umfrage der Gewerkschaften ergibt: Nur 47 Prozent der Beschäftigten haben einen unbefristeten Vertrag, sind keine Leiharbeiter und verdienen monatlich mindestens 2000 Euro brutto. Zudem ist jeder Dritte mit seinen Arbeitsbedingungen extrem unzufrieden. Jeder zweite Arbeitnehmer ist nach Darstellung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter unsicheren Bedingungen beschäftigt. „Prekäre Beschäftigung ist längst kein Randphänomen mehr", sagte DGB-Chef Michael Sommer am Donnerstag in Berlin. Einer DGB-Umfrage zufolge hätten nur 47 Prozent der Beschäftigten einen unbefristeten Vertrag, seien keine Leiharbeiter und verdienten monatlich mindestens 2000 Euro brutto.
   Quelle: Handelsblatt

5. **Einnahmen der Rentenversicherer steigen um vier Prozent**

Der Deutschen Rentenversicherung geht es finanziell so gut wie schon lange nicht mehr. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahmen die gesetzlichen Rentenversicherer aus Pflichtbeiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern 4,4 Prozent mehr ein als im entsprechen Vorjahreszeitraum. Für das gesamte Jahr erwarte der Schätzerkreis für die Rentenversicherung einen Beitragszuwachs "um durchschnittlich vier Prozent", sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Bund, Alexander Gunkel, am Mittwoch in Münster.

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung könne das Finanzpolster der 16 Rentenversicherer bis zum Jahresende auf 15,4 Milliarden Euro anwachsen, so Gunkel. Das entspreche 95 Prozent einer Monatsausgabe. Bei dieser Prognose sei die außerplanmäßige Rentenerhöhung um 1,1 Prozent zum 1. Juli sogar "bereits berücksichtigt", sagte Gunkel, der im Vorstand der Deutschen Rentenversicherung die Arbeitgeberseite vertritt. Zuletzt war die Kassenlage der Rentenversicherer zum Ende des Boom-Jahres 2000 ähnlich gut.

Auf der Grundlage der Regierungsannahmen für die kommenden Jahre rechneten die Schätzer 2009 mit einem Beitragszuwachs von 2,8 Prozent, in den Jahren 2010 bis 2012 mit einem Plus von jeweils 2,5 Prozent, sagte Gunkel. Ende des Jahres 2011 könnte "erstmals die gesetzliche Obergrenze der Nachhaltigkeitsrücklage von 1,5 Monatsausgaben überschritten" werden. In diesem Fall könne der Rentenbeitragssatz zum Jahresbeginn 2011 auf 19,7 Prozent und 2012 auf 19,2 Prozent herabgesetzt werden, so der alternierende Vorstandschef der Deutschen Rentenversicherung Bund. Quelle: Ihre Vorsorge

Anmerkung Mertin Betzwieser: *Sensationell. Eine Senkung von 19,9% auf 19,7% bedeutet für Abeitnehmer/innen tatsächlich 10 Cent mehr pro € 100,00 sozialversicherungspflichtigem Brutto. Eine Rücknahme des Renteneintrittsalters 67 oder eine Aussetzung des Riester-Faktors scheint überhaupt nicht zur Diskussion zu stehen.*

6. **Schweiz – das vermeintliche Rentnerparadies**
Experten arbeiten gern mit dem Drei-Säulen-Modell, wenn sie die Altersvorsorge erklären. Die erste Säule ist die staatlich organisierte Rentenfinanzierung, die zweite Säule die betriebliche Versorgung und die dritte die private Vorsorge. In einigen Systemen wie der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland ist die erste Säule eine Sozialversicherung. Anders als in Deutschland zahlen in der Schweiz alle in die AHV ein, auch Beamte oder gutverdienende Berufsgruppen wie Architekten oder Ärzte, die in Deutschland ihre eigenen berufsständischen Versorgungswerke haben.

Diese starke Umverteilung wird international oft als großer Vorteil der AHV gegenüber Modellen wie dem deutschen gesehen. Die erste Säule kann aber nicht getrennt vom Rest des Systems betrachtet werden, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Winfried Schmähl von der Universität Bremen: “Die AHV (die erste Säule) wird von vielen gelobt, aber das Niveau der Leistungen ist relativ niedrig.” Ohne die kapitalgedeckten Ergänzungen durch die zweite und die dritte Säule würde auch die Schweizer Rente nicht reichen.

Eine Reform in diese Richtung der Altersvorsorge wird von vielen als Lösung des Demografieproblems gesehen. Doch die Gesamtkosten würden dadurch nicht geringer, sagt Schmähl: “Arbeitgeber und öffentlicher Haushalt werden dadurch zwar entlastet, aber insgesamt wird es teurer.” Nicht zuletzt wegen der Kapitalmarktkrise stehen auch die unsicheren kapitalgedeckten Vorsorgeformen vor großen Problemen. “Das Risiko verlagert sich bei der privaten Vorsorge auf den Einzelnen”, sagt Soziologe Ebbinghaus. Und auch vor demografischen Problemen ist die Privatvorsorge nicht geschützt. Mit steigender Lebenserwartung muss das Gesparte im Alter für immer mehr Jahre reichen.
Quelle: FTD

Anmerkung: *Abgesehen von der auch hier vorherrschenden Dramatisierung der demographischen Entwicklung als wichtigstes Problem der Altersvorsorge enthält der Beitrag einige interessante Informationen über die Rentensysteme in Europa.*

7. **Große Koalition gegen Berlin**
   Die Bundesländer setzen sich massiv gegen Einsparungen des Bundesarbeitsministers zur Wehr. Sie sehen Förderprogramme für besonders hilfsbedürftige Menschen in Gefahr.
   Quelle: FR
8. **Russische Staatsbahnen kaufen Aktienanteile der Deutschen Bahn AG**
   Die Russischen Staatsbahnen (RZD) werden bedeutende Aktienanteile der Deutschen Bahn AG (DB AG) erwerben. Dies wird am Rande des EU-Russland-Gipfels im asiatischen Chanty-Mansijsk bekannt. Im Gegenzug sichern sich die Deutsche Bahn AG und die mit ihr verbundenen Großunternehmen Milliardenaufträge, die beim Ausbau des russischen Schienennetzes anfallen. Hauptprofiteur ist die Siemens AG (Erlangen/München). Die finanzielle Verzahnung zwischen den deutschen und russischen Bahnunternehmen gilt auch der Kontrolle einer Logistik-Brücke nach China, wo die DB AG mit ihrer Sparte “Schenker” bereits erfolgreich tätig ist. Wie beim EU-Russland-Gipfel verlautet, werde das künftige Aktienpaket, dessen Ankauf die RZD in Moskau plant, einen Milliardenbetrag wert sein. Unklarheit besteht über

eventuelle Ansprüche auf das DB-Aktienvermögen, das Gewinne des DB-Vorgängers "Deutsche Reichsbahn" einschließt und von NS-Verfolgten eingefordert werden könnte. Die DB-Aktien seien "kontaminiert", da mit hohen finanziellen Risiken aus der "Reichsbahn"-Zeit belegt, heißt es unter Wirtschaftswissenschaftlern.
Quelle: German-Foreign-Policy

Anmerkung WL: *Wenn diese Informationen zutreffen, so wird deutlich, welche Interessen hinter einer globalen Ausweitung der Bahnaktivitäten stehen. Es geht nicht nur darum, dass die Bahn ein Global Player werden will, damit verbunden sind auch Milliardengeschäfte von Siemens & Co.*

9. **Die Drehtür rotiert: Joachim Wuermeling verantwortet Europaarbeit im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft**
   Dr. jur. Joachim Wuermeling, bis vor kurzem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, wird als „Bevollmächtigter für europäische und internationale Angelegenheiten" ab dem 1. Juli 2008 innerhalb der Geschäftsführung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) die Ressorts Europa und internationale Angelegenheiten verantworten. Vor seiner Tätigkeit im Bundeswirtschaftsministerium war der 47-jährige Jurist sechs Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments und zwei Jahre Mitarbeiter in der EU-Kommission. Zuvor hatte er verschiedene Positionen in der bayerischen Ministerialverwaltung in München und in Bonn inne.
   Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
10. **Verkehrsminister sucht private Investoren: Bund gibt 370 Kilometer Autobahn ab**
    Die Bundesregierung will private Investoren deutlich stärker am Ausbau der Autobahnen beteiligen. Spätestens Anfang 2009 soll das Vergabeverfahren für zwei weitere Autobahn-Abschnitte beginnen, sagte Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) der Süddeutschen Zeitung. Insgesamt seien sechs neue Vorhaben geplant. Auf 370 Kilometern soll so der Verkehr auf überlasteten Strecken entzerrt werden.

    Darunter ist auch ein Projekt, auf das Bayerns Landesregierung schon lange sehnlich wartet: der Ausbau der Autobahn A8 zwischen Augsburg und Ulm. Dort sollen private Investoren die Regie übernehmen: Sie müssten die Autobahn dreispurig ausbauen und 30 Jahre lang betreiben. Im Gegenzug erhalten sie Einnahmen aus der Lkw-Maut auf dieser Strecke. Die Baukosten für die 58 Kilometer Autobahn liegen bei schätzungsweise 330 Millionen Euro. "Theoretisch könnte der Bau schon Mitte 2010 beginnen", sagte Tiefensee. Die Bauzeit wird mit vier bis fünf Jahren veranschlagt. Auch für ein Teilstück der A9 in Thüringen zwischen dem Autobahnkreuz Hermsdorf

und Schleiz sollen bald Privatinvestoren zuständig sein. Insgesamt sechs Projekte will Tiefensee an diesem Donnerstag in Berlin vorstellen.

Geplant hat das Ministerium solche Vorhaben schon länger. Derzeit gibt es bereits drei Projekte, bei denen Firmenkonsortien die Verantwortung für Fernstraßen übernommen haben. Eines davon betrifft ebenfalls die A8, nämlich das Teilstück zwischen München und Augsburg. Erst kürzlich hatte eine Gruppe von Unternehmen sich einen Auftrag für den Ausbau der A 1 in Niedersachsen gesichert, dort sind nun mehr als 70 Kilometer für 30 Jahre in privater Hand.
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung WL: *Man fragt sich, warum der Bund diese Autobahnbauten nicht selbst aus der LKW-Maut finanziert. Damit hätte man zumindest die notwendig anfallenden Gewinne der privaten Investoren „erspart“.*

11. **Ende des Aufschwungs – Prognose-Update des IMK**
Das Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Quartal saisonbereinigt um 1,5 % zu. Für dieses unerwartet hohe Wachstum waren jedoch im Kern Sondereffekte maßgeblich. So stiegen die Bauinvestitionen saisonbereinigt deshalb so stark, weil die Witterung im vergangenen Winter ungewöhnlich mild war. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden trotz verschlechterter Abschreibungsbedingungen abermals kräftig ausgeweitet. Hier ist es offenbar aufgrund von Produktionsengpässen bei den Investitionsgüterproduzenten zu verspäteten Lieferungen nach dem Jahreswechsel gekommen. Zahlreiche Unternehmen hatten nämlich noch versucht, die günstigeren Abschreibungsbedingungen bis Ende 2007 zu realisieren. Besonders stark war der Anstieg bei den Lagerinvestitionen, der fast die Hälfte des Wachstums ausmachte. Hingegen nahmen die privaten Konsumausgaben bei verhaltenen Einkommenszuwächsen nur sehr moderat zu. Der Außenhandel war in beiden Richtungen nach wie vor recht lebhaft. Allerdings fiel der Wachstumsbeitrag leicht negativ aus, da die Importe vor dem Hintergrund des starken Euro kräftiger zunahmen als die Exporte.

Im zweiten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion spürbar zurückgehen, saisonbereinigt um voraussichtlich 1 %. Für das Jahr 2008 insgesamt wird die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Verlauf nur 0,9 % betragen, wegen des starken ersten Quartals aber immerhin noch 1,8 % im Jahresdurchschnitt. Im kommenden Jahr wird das Tempo der konjunkturellen Expansion sich wieder etwas beschleunigen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Verlauf um 1,7 % steigen – im Jahresdurchschnitt jedoch wegen des Unterhangs nur um 0,9 %.

Quelle: IMK Report [PDF – 236 KB]

12. **Kritik an der Parteienfinanzierung**
Die deutschen Bundestagsparteien geben jährlich viele Millionen Euro aus, um bei der politischen Willensbildung mitzuwirken. Dabei geht es nicht nur darum, die Bürger über politische Ansichten und Vorstellungen zu informieren, sondern auch die Beeinflussung der Bürger ist ein Ziel. In Wahlen wird entschieden, welche Parteien als nächstes die politischen Entscheidungen treffen dürfen. Das verfügbare Geld wird somit langfristig in politische Macht verwandelt.
Woher bekommen die Parteien also dieses Geld – und sind diese Geldquellen demokratisch legitim?

Wichtigste Einnahmequellen für die Parteien sind Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge, staatliche Mittel und Spenden. Dabei sind insbesondere Großspenden hinsichtlich ihrer Legitimität umstritten: einzelne Personen und Unternehmen dürfen nach deutschem Recht Spenden in unbegrenzter Höhe an Parteien entrichten. Schnell drängt sich hier die Frage auf, ob durch solche Spenden Einfluss auf die politischen Ziele der Parteien genommen wird. Warum werden solch große Summe gespendet? Und wer spendet an welche Partei?

Die Rechenschaftsberichte der Parteien geben Auskunft über die Großspender, doch diese Berichte sind sehr unübersichtlich und daher mühsam zu studieren. Die Politische Datenbank hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, diese Informationen in einer übersichtlichen Form anzubieten. Das Projekt besteht seit 2004 und hat das Ziel, die Transparenz zum Thema Parteienfinanzierung zu verbessern und insbesondere die derzeitige Spendenpraxis kritisch zu hinterfragen. Zusätzlich zu den Rechenschaftsberichten fließen die zeitnahen Veröffentlichungen von Parteispenden ab 50.000 Euro in die Datenbank mit ein. Statistische Auswertungen erlauben es dem Besucher sich ein eigenes Bild über die Relevanz der verschiedenen Einnahmequellen zu machen. Von Lars Burghard.
Quelle: Politische Datenbank
Startseite
Auswertung
Kritik

13. **Endlager Asse**

Illegales Endlager Asse leckt
Angeblich soll Atommüll im Endlager Asse auf Dauer sicher und trocken lagern. Von

wegen:12 Kubikmeter Salzlauge fließen täglich hinein, musste das Helmholtz-Zentrum nun zugeben. Bei den Wissenschaftlern der Asse-Begleitgruppe fielen die Schließungspläne des Betreibers am Dienstagabend durch. Ulrich Kleemann, Mitglied der Gruppe und Fachbereichsleiter Entsorgung beim Bundesamt für Strahlenschutz, bezeichnete den entsprechenden Helmholtz-Bericht als “nicht begründet und nicht nachvollziehbar”.
Quelle: TAZ

Siehe auch:

Strahlende Lauge
Jahrelang galt “die Asse” als Prototyp für Gorleben, jetzt kämpfen Anwohner der havarierten Atommülldeponie dafür, den Strahlenmüll herauszuholen, bevor es zu spät ist. Denn täglich fließen zwölf Kubikmeter Wasser in die Anlage, unkontrollierbar. Der Schacht droht abzusaufen. Das Wasser wird bisher aufgefangen und abgepumpt. Dann flog auf, die Laugen sind kontaminiert: mit Cäsium-137, Strontium, Radium, Plutonium. Von Wolfgang Ehmke.
Quelle: Freitag

14. **Da ist der Bücherwurm drin**
Jedes Jahr nutzen mehr Menschen die Stadtbibliotheken. Doch deren Budget entspricht dem nicht. Die Folge: Überholte und verschlissene Bücher werden nicht ersetzt, Personal sogar noch abgebaut.
Quelle: TAZ
15. **Das Wunder von Mannheim**
Der Rektor Hans-Wolfgang Arndt wollte seine Hochschule radikal umbauen. Doch die Geisteswissenschaftler gingen auf die Barrikaden. Herausgekommen ist eine vorbildliche Reform.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung KR: *Da kann man wieder mal sehen, wie sehr auch die ZEIT hinsichtlich ihrer journalistischen Qualität auf den Hund gekommen ist. Denn wenn man den Text nach einer Begründung absucht, warum die Reform vorbildlich sein soll, findet man zunächst nur einige mäßig interessante Details eines “Struktur- und Entwicklungsplans”. Dann stellt sich heraus: Die ZEIT findet die Reform vorbildlich, weil das CHE diese als “herausragend” bezeichnete. Doch zu dieser Bewertung kam das CHE vermutlich nur, weil die Uni 12,5 Millionen Euro Spenden privater Unternehmer eingeworben hat.*

16. **Vorbild in der Krise**
    Britische Universitäten gelten in Deutschland als Maßstab aller Reformen. Das ist unsinnig, denn sie haben sich zu Ausbildungsfabriken und Akademiker-Maschinen entwickelt. Tatsächlich ist das Vereinigte Königreich das falsche Vorbild für Deutschlands Reformen. Seinen Universitäten geht es nicht besser als unseren: Großbritanniens Unis haben sich zu Ausbildungsfabriken entwickelt. Mit der Campus-Idylle hinter den efeuumrankten Mauern von Oxbridge teilen sie nicht mehr als die Kulisse. Den Takt der akademischen Maschine geben seit der Thatcher-Ära und verstärkt durch die Labour-Regierung drei Trends vor: erstens die wachsende Unterfinanzierung der Universitäten, zweitens das Pampering (»Windeln«) der »Kunden«, also der Gebühren zahlenden Studenten, die den Unis aus der finanziellen Misere helfen sollen, und drittens die bürokratische Qualitätskontrolle ihres Personals, micromanagement genannt.
    Quelle: Zeit Online
17. **Keinen Schimmer, wo das Geld bleibt**
    70 Prozent aller zahlenden Studenten sprechen sich dafür aus, die Studiengebühren sofort abzuschaffen. Nur 16 Prozent wollen daran festhalten, der Rest ist unentschieden. Gegenüber der ersten Umfrage im Vorjahr ist die Quote der Gebührengegner sogar noch leicht gestiegen. Die Länder und Hochschulen beteuern, dass alle Einnahmen direkt in die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen fließen. Drei Viertel der Gebührenzahler konnten aber bisher keinerlei echte Verbesserungen feststellen – und die meisten rechnen auch für die Zukunft nicht damit.
    Quelle: Spiegel

    Anmerkung WL: *Wieder einmal ein typisches Beispiel, wie voreingenommen der Spiegel zugunsten der Studiengebühren schreibt. Das fängt schon damit an, dass ein Bild von desinteressiert sich sonnenden Studierenden gemalt wird, dass keinerlei kritische Distanz gewahrt wird, wenn ein Marketing-Lehrstuhl Umfragen über Studiengebühren macht und dass deshalb logischerweise die Ablehnung der Studiengebühr nur als ein Kommunikations- oder Vermittlungsproblem gesehen wird. Den Rekurs auf das Vermittlungsproblem kennen wir ja schon aus anderen Zusammenhängen: Immer wenn die Reformer ihre Reformen gegen die Mehrheit durchsetzen und dabei den Menschen Opfer abverlangen, sprechen sie von Vermittlungsproblemen. Immer in der Haltung, wir wissen es besser was für euch gut ist. So auch die Haltung des Spiegels gegenüber den Studierenden, die die Studiengebühren ablehnen.*

Siehe dazu auch:

Studiengebühren sind endgültig gescheitert
Der freie zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) fordert, aus den heute veröffentlichten Ergebnissen des "Gebührenkompass" die Konsequenzen zu ziehen und die Studiengebühren abzuschaffen. Die Studie ergibt, dass die Einführung der Studiengebühren keinerlei für die Studierenden spürbaren positiven Effekte hat. So gaben 74,1 % der befragten Studierenden aus sieben Bundesländern an, Studiengebühren würden keine Verbesserungen in der Lehre bringen. 84,9 % der Befragten glauben, dass die Länder die Finanzierung für die Hochschulen zurückfahren.
Quelle: fzs

18. **Leben in der Blechkiste**
Phänomen »Car Dweller«: US-Immobilienkrise bedroht immer mehr Angehörige der Mittelschicht. Rasante Zunahme der Obdachlosigkeit.
Quelle: Junge Welt
19. **Studie: Millionen Kinder in den USA verlieren ihr Zuhause**
Von den 74 Millionen Kindern, die 2007 in den USA lebten, fielen laut Jahresbericht 2008 des National Centre for Children in Poverty rund 28 Million unter die Armutsgrenze. Rund zwei Millionen Kinder werden in den USA in diesem und im nächsten Jahr ihr Zuhause verlieren. Grund dafür ist die Subprime- oder Immobilienkrise. Einer jetzt veröffentlichten Untersuchung zufolge soll insgesamt 2,26 Millionen Einfamilienhäusern in den Vereinigten Staaten bis Ende 2008 die Zwangsversteigerung bevorstehen, wovon 1,95 Millionen Kinder betroffen sind.
Quelle: Junge Welt
20. **Sarkozy macht den Berlusconi**
Klingt erst mal gut: Nicolas Sarkozy will Frankreichs öffentlich-rechtliches Fernsehen werbefrei machen. Der Haken an der Sache: Der Präsident will künftig den Chef von "France Télévisions" selbst küren. Kritiker fürchten nun üble Staatspropaganda wie zu Vichy-Zeiten. Richtig saniert aber werden die Medienkonzerne durch die geplante TV-Reform: Sie profitieren direkt von der Neuaufteilung des Werbekuchens, der künftig nur noch unter den Privaten verteilt wird. Keine "peanuts", sondern satte 820 Millionen Euro Einnahmen, die die öffentlich-rechtlichen Sender 2007 für die TV-Spots kassierten und die zu einem Großteil auf die Konten Sarkozy-naher Medienunternehmen umgeleitet werden.
Quelle: Spiegel Online